

Partei mutmaßten: „Da muß was dran sein.“ Und Oppositionsabgeordnete sahen die Spitze des Wirtschaftsministeriums bereits in Auflösung. CDU-MdB Dr. Manfred Luda frohlockte: „Schillers Stern sinkt“; sein Parlamentarischer Staatssekretär Klaus Dieter Arndt trete ab, und sein beamteter Staatssekretär Johann Baptist Schöllhorn sei gleichfalls amtsüde.

Zu Mutmaßungen über Karl Schiller gab es Anlaß genug. Denn nach der Markaufwertung im Oktober 1969, dem letzten wirtschaftspolitischen Erfolg des Ministers, hatten Freidemokraten, Gewerkschaften und Kabinettskollegen alle seine Projekte zur Dämpfung des hektischen Preisauftriebs in der Bundesrepublik zunichte gemacht.

Vergebens forderte der Wirtschaftsminister Abschreibungerschwernisse, Steuererhöhungen und schließlich höhere Steuervorauszahlungen. Maßhalteteppelle blieben ohne Echo. Bis zum März stiegen die Lebenshaltungskosten um 3,7 Prozent über das Vorjahresniveau; bis Mitte des Jahres, wenn die kritischen Wahlen in Nordrhein-Westfalen anstehen, werden sie laut Prognose des Sachverständigenrats-Vorsitzenden Professor Kloten sogar um 4,5 Prozent darüber liegen.

Erst jüngst stießen Schiller-Pläne, durch Einschränkung der Preisbindung und stärkere Fusionskontrolle den Preisaufstieg zu dämpfen, auf den Widerstand von Industrie und FDP.

Auch Schillers Kalkül, er könne durch die Aufwertung der Mark den Preisauftrieb bei Industriegütern und Dienstleistungen mit niedrigeren Agrarpreisen neutralisieren, ging nicht auf. Ihm bleibt nur die Hoffnung, daß die Produktivitätsreserven der Industrie ausreichen, die preistreibende Nachfrage einigermaßen abzufangen.

Um der politischen Spekulation vorzubeugen, der enttäuschte Schiller sei mit Krach aus Bonn geschieden, veröffentlichte das Wirtschaftsministerium schon am Dienstag ein ärztliches Bulletin. Kanzler Brandt rief die SPD-Fraktion zur Solidarität auf: „Sollte es zu Mißdeutungen dieser Krankheit kommen, werden wir alle Karl Schiller energisch in Schutz nehmen.“ Zweifelhafte Minister vermehrte er letzten Donnerstag im Kabinett: „Ich möchte Sie bitten, diese Geschichte nicht unnötig zu dramatisieren und nicht zu viel hineinzugeheimnissen.“

In der Tat blickt Schiller nicht im Zorn nach Bonn zurück. Der Kampf gegen die Inflation, aber auch private Querelen, die ihm die Scheidung von seiner zweiten Ehefrau Annemarie bereiteten, hatten an des Ministers Nerven gezehrt.

In der Suite 173/174 des Hotels Sonnenhof (Kuranzeige: „Regeneration und Rehabilitation bei nervösen und körperlichen Erschöpfungszuständen“) und nach der Verschreibung der Badeärztin Dr. Alice Giritsch-Petry frischt Karl Schiller seinen alten Kampfgeist auf: „Wenn irgend jemand sagt, ich sei nur Wasser treten, dann soll er auch

den Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen machen.“

Parteilover Herbert Wehner ist des Kurerfolgs sicher: „In der zweiten Jahreshälfte werden die Leute so tun, als hätten sie nie was gegen Karl Schiller gesagt.“

BRANDT-BERATER

Schrecklicher Akzent

Dem Kanzler bot er seine Hilfe an, als Karl Graf von Sprei, Bonns Botschafter in Guatemala, verschleppt worden war: „Mit meiner Vergangenheit könnte ich bei den Rebellen vielleicht etwas erreichen.“

USA-Besucher Willy Brandt gestand dem Mann mit Vergangenheit nach dem Tode des Diplomaten: „Vielleicht hätte man jemand wie dich hinschicken sollen.“

Der verschmähte Helfer ist Leo Bauer, 57, Chefredakteur der SPD-



Kanzler-Berater Bauer
„Ist er nicht hinreißend?“

Zweimonatsschrift „Die Neue Gesellschaft“ und nach dem Urteil seiner parteipolitischen Gegner eine „verwegene Gestalt“ („Bayernkurier“). Brandts „Braintruster Nr. 2“ („Deutsche Nationalzeitung“).

Auch wohlwollende Betrachter schätzen den Einfluß des in Chemnitz (heute: Karl-Marx-Stadt) gebürtigen langhaarigen Altgenossen auf den Kanzler nicht gering. Denn wo immer Willy Brandt sich aufhält, ist meist auch Leo Bauer nicht fern; wann immer der Vorsitzende eine Rede oder einen Artikel vorbereitet, liegen Leo Bauers Vorschläge obenauf.

In der Baracke, dem SPD-Hauptquartier an der Bonner Ollenhauerstraße, genießt deshalb Leo Bauer, dessen Bürowand ein Bierdeckel mit dem Aufdruck zierte: „SPD — damit das Bier wieder hochkommt“, nicht viele Sympathien. Abfällig sprechen die Apparat-Genossen vom „Tausendfüßler“, der ihnen den Weg zum Chef versperrt.

Bereits heute kompiliert der „Mit- und Zuarbeiter des Parteivorsitzenden“ (Bauer über Bauer) aus den von mehreren Autoren verfertigten Sachteilen einen Rohentwurf für Brandts Rede auf dem Saarbrücker SPD-Parteitag Mitte Mai.

Das Endprodukt wird freilich auch diesmal — wie schon bei den Parteitagen in Dortmund 1966, in Nürnberg 1968, bei der Regierungserklärung 1969 wie beim „Bericht zur Lage der Nation“ Anfang dieses Jahres — allein die Handschrift des Chefs tragen.

Selten läßt der gelernte Journalist Willy Brandt, laut Bauer „der beste Redakteur Deutschlands“, bei den Reden- und Aufsatzentwürfen seiner Zuarbeiter — Bauer (für die Partei) und Ahlers (für die Regierung) — einen Satz auf dem anderen. Bauer über die „Pinselei“ seines Ex-Kollegen: „In fünfundneunzig von hundert Fällen schreibt er alles völlig neu.“

Neben ständiger Verfügbarkeit ist Loyalität zu Willy Brandt die größte Stärke Leo Bauers; freilich verliert er sich oft genug in kritikklose Emotion. So wandte er sich 1968 bei einer Pressekonferenz des damaligen Außenministers Brandt in Belgrad mit nassen Augen zu Kollegen um: „Ist er nicht brilliant, ist er nicht hinreißend?“

Blinde Brandt-Gläubigkeit verführt Bauer oft zu taktischen Ungeschicklichkeiten. Vor wenigen Wochen schürte er die SPD-Attacken gegen den Moderator des ZDF-Magazins, Gerhard Löwenthal, die der Partei den Vorwurf mangelnder Toleranz einbrachten.

Im Bundestagswahlkampf 1969 schlug er Brandt vor, einige Botschafter zur Berichterstattung nach Deutschland zu zitieren und sie aus Publicity-Gründen mit dem Hubschrauber neben Brandts Wahl-Sonderzug landen zu lassen. Brandt lehnte das ab.

Indes, zum innersten Kreis der Brandt-Berater — Herbert Wehner, Horst Ehmke, Egon Bahr und Conrad Ahlers — wird Bauer nur geladen, wenn es um Parteidinge, Probleme der Ideologie oder Fragen des Kommunismus geht. Willy Brandt freilich duldet Bauers Besuch auch dann, wenn er ungelbeten kommt. Und Leo Bauer kommt oft.

Dem stellvertretenden Parteivorsitzenden und Bundestags-Fraktionschef Herbert Wehner ist der Partei-Journalist ebenso ergeben wie dem Kanzler: „Herbert hat mir nach meiner Rückkehr aus Sibirien auf die Füße geholfen.“

Wie Wehner war Bauer vor 1933 Mitglied der KPD. Bauer, Sohn eines Textilaufmanns, war 1929 als Werkstudent in Berlin der SPD beigetreten und hatte sich zwei Jahre später den Kommunisten angeschlossen. 1933 mußte der Jungrevolutionär sein Studium der Jurisprudenz und der Volkswirtschaft beenden: Die Nazis entzogen ihm die Matrikel und hielten ihn mehrere Monate lang in Haft. Nach seiner Entlassung floh er nach Frankreich, wo er auf mehreren Emigran-

tentreffen den KPD-Funktionär Herbert Wehner kennenlernte.

Doch während Wehner schon 1942 in Schweden mit den Kommunisten brach und von Kurt Schumacher zur SPD geholt wurde, blieb Bauer bei der alten roten Fahne: zunächst als KPD-Fraktionschef im hessischen Landtag — seine Unterschrift steht unter der hessischen Verfassung —, dann als Chefredakteur des Deutschlandsenders in Ost-Berlin.

Auch dort tat er gelegentlich des Guten zuviel. Er lehnte es ab, leichte Morgenmusik zu senden, und ließ statt dessen schon am frühen Morgen Klassiker tönen: „Bach und Mozart sind für die Arbeiter zum Frühstück gerade gut genug.“

Zusammen mit den Altkommunisten Lex Ende und Willy Kreikemeyer wurde Leo Bauer im August 1950 als vermeintlicher US-Spion verhaftet und am 28. Dezember 1952 von einem sowjetischen Militärgericht zum Tode verurteilt. Bis zum 24. Juni 1953 wartete er auf seine Hinrichtung; dann wurde er zu 25 Jahren Zwangsarbeit begnadigt. Nachdem die Strafe aufgehoben worden war, ließ er sich im Oktober 1955 in die Bundesrepublik entlassen.

Bauer wurde Mitglied der SPD und hielt sich zunächst mit Vorträgen (Bauer: „Für 50 Mark“) mühselig über Wasser. Herbert Wehner verschaffte dem Genossen in Not journalistische Aufträge und widmete seinem „treuen Weggefährten“ ein Buch. Schließlich verdingte sich Bauer als politischer Redakteur beim „Stern“.

Als die Partei ihn rief, ließ er den Illustrierten-Job sogleich fahren. 1968 bestellte ihn der SPD-Vorstand zum Chefredakteur der „Neuen Gesellschaft“ und gab Bauer überdies einen Vertrag als „wissenschaftlicher Mitarbeiter“ bei der Friedrich-Ebert-Stiftung.

Gute Kontakte zu französischen, italienischen und jugoslawischen Kommunisten pflegte er über die Haftzeit hinweg. Selbst Russen gehen ihm nicht mehr aus dem Weg. Bauer: „Die deutschen Kommunisten sind die einzigen, die nicht mit mir reden.“

Auch in der SPD-Spitze reden einige Genossen zumindest nicht gerne mit Leo Bauer. Von Parteigeschäftsführer Hans-Jürgen Wischnewski wird in der Baracke gemunkelt, er betrachte die ständige Nähe Bauers zum gemeinsamen Chef als Gefahr für die eigene Vertrauensposition. Und vom stellvertretenden SPD-Vorsitzenden und Verteidigungsminister Helmut Schmidt vermutet Bauer selbst: „Er wird wohl zu denjenigen gehören, die meinen, ihre eigene Rolle werde dadurch herabgemindert, daß ich so stark als Berater Brandts herausgestellt werde.“

Leo Bauer möchte deshalb seine bislang nur auf Willy Brandts Vertrauen gegründete Position auch institutionell absichern: „Ich habe keine Lust, dauernd angepöbelt zu werden.“ Als Vertreter des Parteivorsitzenden will er in einen geplanten Arbeitsausschuß einziehen, der künftig die Sitzungen des SPD-Präsidiums vorbereiten soll.

Auch für Staatsaufgaben hält sich Bauer bereit, der als Ex-Kommunist nur jeweils auf besondere Bitte der Bundesregierung in die USA einreisen darf, Französisch und Englisch nach eigenem Eingeständnis mit „schrecklichem sächsischem Akzent“ spricht: „Ich kann mir vorstellen, daß ich die Fähigkeit besitze, die Bundesregierung auf internationalen Konferenzen zu vertreten.“

HALLSTEIN-DOKTRIN

Durchlöcherter Anspruch

Bonnas sozialliberale Regierung praktizierte zum erstenmal seit Amtsantritt ihre neue Lebensregel: „Die Hallstein-Doktrin ist tot“ (Walter Scheel).

Der Außenminister präzisierte Donnerstag letzter Woche im Kabinett am Beispiel des jüngsten DDR-Anerken-

seit 1958 vom europäischen Entwicklungsfonds profitiert, wird noch auf Jahre hinaus westdeutsches Kapital und westdeutschen Experten-Rat erhalten.

Den Abbau der faktisch längst durchlöchernten Hallstein-Doktrin, nach der die Bundesrepublik aufgrund ihres Alleinvertretungs-Anspruchs automatisch die diplomatischen Beziehungen zu DDR-Anerkennern abbrechen habe, betreibt Willy Brandt seit seiner Außenminister-Zeit. Als Kambodscha im Mai 1969 die DDR anerkannte, ließ er sich von seinem Planungschef Egon Bahr eine Ausweich-Doktrin anfertigen: Der Hallsteinsche Imperativ solle nicht mehr kategorisch, sondern unter Berücksichtigung der jeweiligen Interessenlage der Bundesrepublik befolgt werden.

Doch Bonns kalte CDU-Krieger hintertrieben damals die Absicht Brandts. Zwar war sich das Kiesinger-Kabinett darüber einig, die Hallstein-Doktrin nur abgestuft anzuwenden, aber es



DDR-Außenminister Winzer (l.) in Somalia: „Und was ist jetzt?“

ners Somalia — dort hatte DDR-Außenminister Otto Winzer vorletzte Woche die Anerkennung ausgehandelt —, was die Koalitions-Maxime bedeutet: „Wir wollen, wie beschlossen, entsprechend unserer Interessenlage verfahren. Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen zur DDR hat keine Konsequenzen in der Frage unserer diplomatischen Beziehungen zu Somalia.“

Damit wird Mogadischu, die Hauptstadt des von einem Obersten Revolutionsrat regierten ostafrikanischen Hirten-Staats, der erste Platz außerhalb der kommunistisch regierten Länder mit zwei deutschen Botschaftern sein.

Nicht einmal mehr zur Aufkündigung wirtschaftlicher und technischer Entwicklungshilfe an Somalia mochte sich das Kabinett entschließen, damit „jedweder Eindruck einer Sanktion unterbleibt“ (Entwicklungshilfe-Minister Erhard Eppler). Die bis 1960 von Briten und Italienern verwaltete Republik, die der EWG assoziiert ist und

entschied zugleich, die diplomatischen Kontakte zu Pnom Penh einzufrieren und den Botschafter abzuberufen. Kambodscha machte das Nuancen-Spiel nicht mit und brach seinerseits die Beziehungen zu Bonn ab. Brandt damals: „Und was ist jetzt? Jetzt ist da nicht die Bundesrepublik, sondern nur noch die DDR.“

Daß solche westdeutsche Beihilfe zum „Alleinvertretungsrecht Ulbrichts“ (Brandt) in Zukunft nicht mehr geleistet werden soll, demonstrierte das Brandt/Scheel-Kabinett am Beispiel Somalias.

Überdies blieb dem Kanzler vier Wochen nach Erfurt und fünf Wochen vor dem zweiten Treffen mit DDR-Ministerpräsident Stoph am 21. Mai in Kassel keine andere Wahl: Solange Bonn einen Verhandlungserfolg mit Ost-Berlin sucht, kann es die DDR-Regierung nicht gleichzeitig durch Sanktionen à la Hallstein diskriminieren.

* Bei der Ankunft auf dem Flugplatz von Mogadischu am 6. April.